

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Karl-Neubauer-Druckerei, Dresden.
Karl-Neubauer-Druckerei, Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Provinz bei halbjährlicher Zustellung 21.- M., vierteljährlich 14.- M.
Anzeigen-Preise. In Dresden und Provinz bei halbjährlicher Zustellung 21.- M., vierteljährlich 14.- M.
Einzelnummern 1.- M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Karl-Neubauer, Dresden.
Karl-Neubauer, Dresden.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Kakao
Deutschschmelzer
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 15.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Vorlegung einer deutschen Denkschrift in Genua.

Der Vorschlag einer internationalen Anleihe.

Genua, 12. April. In der heutigen Sitzung der Wirtschaftskommission haben die deutschen Delegierten die große deutsche Denkschrift überreicht. Die vorliegende Denkschrift nach Vorlegung der Wirtschaftskommission des Vorschlags, eine internationale Anleihe im Namen Deutschlands mit Genehmigung der Entente-Mächte aufzulegen.

Die deutschen Kommissionsmitglieder.

Genua, 12. April. In die einzelnen Ausschüsse sind folgende deutsche Herren entsandt worden:
1. Ausschuss für Russland: Vorsitzender: v. Balaban, Sachverständige: Baldrusch, Bernhard, Bäder, Cuno, Bifferting, Melchior, v. Naumer und Wiffel.
2. Ausschuss für Finanzen: Vorsitzender: Schröder, Sachverständige: Bergmann, Bernhard, Erkelenz, Savenstein, Bifferting, Cuno, Melchior, v. Mendelssohn, Referenten: Cuno, Norden, Nordhoff.
3. Ausschuss für Wirtschaftsfragen: Vorsitzender: Dirich, Stellvertreter: Weigert, Sachverständige: Baldrusch, Bäder, Erkelenz, Cuno, Roggenberg, Krämer, Kreuter, Lüben, v. Mendelssohn, v. Naumer und Wiffel, Referenten: Betzer und Voeb.
4. Ausschuss für Verkehrsfragen: Vorsitzender: Stiller, Sachverständige: Bäder, Cuno, Cuno, Lüben und Krämer. (W. T. B.)

Kleinarbeit in den Kommissionen.

Der erste Zusammenhalt der Wirtschaftskommission. — Der Franzose Colrat als Vorsitzender.

Genua, 12. April. Heute vormittag 10 Uhr fand die erste Sitzung der Kommission für Wirtschaftsfragen statt, für die als Delegierte Dr. Rathenau und Reichswirtschaftsminister Schmidt, als stellvertretende Delegierte die Staatssekretäre v. Simon und Dirich benannt sind. Die Sitzung wurde in Vertretung des italienischen Handelsministers von dem italienischen Delegierten Olivetti eröffnet, der auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Nationen für das freie Spiel der Kräfte und die beste Ausnutzung der natürlichen Reichtümer hinwies. Olivetti schlug als Vorsitzenden den Franzosen Colrat und als dessen Stellvertreter Seboux vor. Die englischen und belgischen Delegierten schlossen sich diesem Vorschlag an. Colrat übernahm den Vorsitz und schlug vor, in gleicher Weise wie für die erste und zweite Kommission als bald eine Unterkommission zu bestimmen. Ungarn beantragte eine Spezialkommission für Wirtschafts- und Verkehrsfragen der österreichischen Nachbarmächte. Der tschechoslowakische Vertreter widersprach diesem Antrag, ebenso Polen, das Unterkommissionen nach Materien vor-

schlug. Der Vorsitzende legte Polen nahe, diesen Antrag zurückzuziehen. Die Ernennung von weiteren Unterkommissionen nach Materien könne vorbehalten bleiben, bis die letztere zu errichtende Unterkommission ihre Tagesordnung und Verhandlungsgegenstände feststellt habe. Auf die von England eingebrachte, von Norwegen und schließlich auch von Ungarn unterstützte Anregung, den kleinen Staaten in dieser Kommission mehr als vier Vertreter zu geben, wurde beschlossen, daß die kleinen Staaten fünf Vertreter haben sollen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung wurden als Vertreter der kleinen Staaten fünf Angehörige der Staaten Norwegen, Schweden, Holland, Jugoslawien und Portugal ernannt. Die Unterkommission wird Sonnabend um 10½ Uhr zur ersten Sitzung zusammenzutreten. (W. T. B.)

Die Russlandkommission.

Genua, 12. April. Heute vormittag fand im Eden-Hotel eine Sitzung der für die Behandlung der russischen Fragen ausgewählten Sachverständigenkommission statt. An der Sitzung nahmen der Reichsminister und der Reichsminister der Finanzen teil. Es wurde den Sachverständigen eine Denkschrift zur Kenntnis gebracht, die gestern in der Sitzung der ersten allgemeinen Konferenz vorgelesen worden war. Die Sachverständigen werden vor Beginn der morgigen Sitzung der ersten Kommission, in der die Denkschrift zur Erörterung gestellt wird, erneut über die russische Frage beraten. (W. T. B.)

Die Verkehrskommission.

Genua, 12. April. Die Kommission der internationalen Konferenz, die zur Erörterung der Verkehrsangelegenheiten gebildet worden ist, ist heute vormittag 10 Uhr zum ersten Male zusammengetreten. Der belgische Minister Teyssie wurde durch Jurek zum Vorsitzenden gewählt. Von deutscher Seite wurden als Delegierte Rathenau und Schmidt, als Stellvertreter die Staatssekretäre v. Simon und Stierler ernannt. In der Sitzung nahm Stierler teil. Im Verlauf der Sitzung wurde ein Arbeitsausschuss eingesetzt, der einen Geschäftsplan für die Kommission anfertigen soll. Dilem Ausschuss gehören je ein Vertreter der fünf einladenden Mächte an, ferner je ein Vertreter Russlands und Deutschlands, sowie auf Grund von Voten ein Vertreter Dänemarks, Schwedens, Portugals, Polens und der Schweiz. Ins Auge gefaßt ist die Bildung mehrerer Unterausschüsse, insbesondere für Eisenbahnfragen, für Binnen- und Seeschifffahrt. Auch in diese Ausschüsse werden die einladenden Länder, Russland und Deutschland, sowie fünf weitere Länder je einen Vertreter entsenden. Der Arbeitsausschuss wird Freitag, den 14. April, vormittags 10 Uhr, zusammenzutreten. (W. T. B.)

Keine Abreisungsvorschläge Lloyd Georges.

Paris, 12. April. Nach einer Sanasammlung aus Genua demontiert der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne heute offiziell die von der Pariser Presse Lloyd George zugeschriebenen Pläne einer Rückzugsparole von 10 Jahren. (W. T. B.)

Das Volksbegehren auf Landtagsauflösung.

Der sächsische Landesvorstand der Deutschen Volkspartei beschloß am Mittwoch einstimmig, das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sofort einzuleiten.

Mit diesem Beschluß, der keineswegs als eine Sonderaktion der Deutschen Volkspartei zu gelten hat, ist die Frage des Gegenstandes des Volksbegehrens vermutlich endgültig geklärt. Wir haben bereits bei der Einbringung des Antrages der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages, dessen Erledigung bis zum Wiederzusammentritt des Landtages im Mai verlagert wurde, darauf hingewiesen, daß ein Volksbegehren auf Landtagsauflösung erheblich weiter geht als ein Volksentscheid über die betriebsrevolutionäre Frage. Wir haben auch damals schon betont, daß ein Volksentscheid über die Landtagsauflösung das radikalere Mittel bedeutet, um der für alle bürgerlichen Parteien unerträglich gewordenen sozialistisch-kommunistischen Unterdrückungspolitik, die in der Festschließung der Mehrheit des Volkes bröckelnden roten Festschließung ihren sichtbarsten Ausdruck fand, ein Ende zu bereiten. Neuwahlen für den Landtag würden dann auch die selbstverhängende Aufhebung dieser Festschließung des Klassenkampfes und tiefster nationaler Schmach im Gefolge haben müssen. Nunmehr ist zwischen den beiden Parteileitungen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei in einem gemeinsamen Beschluß die Frage, ob die beiden roten Parteitage oder die Landtagsauflösung zum Gegenstand des Volksbegehrens gemacht werden sollen, im Sinne der Landtagsauflösung entschieden worden. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei hat, wie aus obiger Meldung hervorgeht, diesen Beschluß bereits einstimmig gutgeheißen, während die entsprechende Organisation der Deutschen Volkspartei am Donnerstag zusammenzutreten wird, um, wie kaum zu zweifeln werden kann, das Vorgehen ebenfalls zu billigen.

Auch die anderen bürgerlichen Parteien sollen aufgefordert werden, sich dem Vorgehen der Rechtsparteien anzuschließen, wozu sie um so eher Veranlassung haben werden, als die sozialistische Regierung keinerlei Schritte unternommen hat, um dem bekannten demokratischen Antrag auf Umbildung der Regierung infolge der Ablehnung des Justizrats durch die Kommunisten zu entsprechen. Die Regierung scheint vielmehr mit den unbotmäßigen Brüdern auf Kosten einer noch weiter gehenden Radikalisierung ein neues Kompromiß abzu schließen und die nach parlamentarischen Geplungenheiten einzig mögliche Schlussfolgerung aus der Staatsablehnung unterlassen zu wollen. Sie wird auch zweifellos durch die Verschleppungsmanöver der Einleitung des Volksbegehrens hinauszuwehren versuchen, obwohl gerade die Beantragung eines Volksbegehrens auf Landtagsauflösung eine Beschleunigung möglich macht, da hierdurch die vorübergehende Anrufung der höchsten verfassungsgerichtlichen Instanz über die Zulässigkeit des Begehrens, die bei einem Volksbegehren auf Aufhebung der beiden Festschließungen zweifellos notwendig geworden wäre, überflüssig wird. Eine Erledigung des Volksbegehrens noch vor dem Wiederzusammentritt des Landtages ist jedoch, abgesehen von etwaigen Verschleppungsabsichten der Regierung, schon aus dem Grunde nicht zu erwarten, weil nach dem Artikel 36 der sächsischen Verfassung das Volksbegehren vom Gesamtministerium dem Landtage zu unterbreiten ist. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der Landtag von sich aus dem Volksbegehren entspricht. Da aber der Landtag zweifellos nicht freiwillig aus dem Lande gehen wird, so wird diese verfassungsrechtliche Bestimmung lediglich eine ausführende Wirkung ausüben, die von Regierung und Landtag jedenfalls ausgiebig ausgenutzt werden dürfte. Derartige Manöver werden aber angesichts der bürgerlichen Entschlossenheit, den unwürdigen Zuständen im sächsischen Landtage ein Ende zu bereiten, der Regierung nichts nützen; denn gegen verfassungsmäßige Bestimmungen kann auch keine durch kommunistische Abgeordnete in den Sattel gehobene Zweifelhimmlichkeit auf die Dauer etwas ausrichten.

Die peinliche Reparationsfrage.

Die Begründungsfristigkeiten in Genua sind verstrichen. Die erste Vollziehung der Reparationsfrage hat trotz einiger Schwächen dank dem unvergleichlichen Verhandlungsgeschick ihres Herrn und Meisters Lloyd George äußerlich einen ziemlich geschlossenen und befriedigenden Eindruck zu erwecken vermocht. Und nun soll es nach Washington? Mußer mit vollem Mund in den Regeln an die Erledigung des eigentlichen Arbeitsprogramms in den Kommissionen gehen. Das ferne Ziel, das diesen Einzelberatungen vorsteht, ist der Wiederaufbau der zerrütteten europäischen Wirtschaft — unter Einhaltung der Richtlinien von Cannes. Das Ziel ist gut, von allen vernünftigen Mächten der Welt lang ersehnt und des Schwereits der Edlen wohl wert; aber der Zufall, daß den geistigen Baumweiser bei ihrem Werte die Hände durch strenge Verbote, wie sie in den grundlegenden Bedingungen der Januar-Konferenz des Obersten Rates enthalten sind, behindert werden, läßt rechte Auversicht in den Wert und das praktische Gelingen ihrer Arbeit nicht aufkommen.

Wie soll Europa wiederhergestellt, zu alter wirtschaftlicher Blüte wieder emporgeführt werden, ohne an den unheiligen Verträgen mit ihrem Grundübel, den Reparationen, zu rütteln, deren Erörterung man in Cannes vom Genuaer Konferenzprogramm kurzschäftig ausschloß? Das ist die Schicksalsfrage, auf die man früher oder später in einer der Genuaer Kommissionen stoßen muß, und auf die es dann nur die Antwort geben kann: Es ist unmöglich, unter Aufrechterhaltung von Versailles, St. Germain, Tripponnet, Sevres, Neuilly die Welt oder auch nur den europäischen Teil zu retten. Eine internationale Wirtschaftskonferenz, die in ihren Entscheidungen gebunden ist, die ihren Blick nicht machen muß gegen die Wurzel der ökonomischen Mißstände, hat keinen Zweck. Weltfriede oder wahrscheinlich wird es die Finanzkommission sein, die sich zuerst zu diesem Eingeständnis bequemen muß. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist bekanntlich die Stabilisierung der Währungen. Der unaufrichtige Niedergang der Währungen in den unter der Arroganz zusammengewürfenen Ländern hängt anerkanntermaßen eng mit den rückwärtsgehenden Reparationsforderungen zusammen, auf die letzten Endes die tödlich wirkende Inflation zurückgeht. Wenn Robert Horne, der Vorsitzende der Kommission, ehrlich ist, dann wird er unumwunden ausgeben müssen, daß jede internationale Finanzoperation sinnlos ist, solange sie von Maßnahmen der selbständig wachsenden Reparationskommission durchkreuzt werden kann, dann wird er auf den protesten Zustand verweisen müssen, daß sich in Genua Dunderie von Vertretern aller möglichen Weltmächte die Köpfe über den Aufbau der Wirtschaft zerbrechen, während in Paris eine relativ schwache Kommission, deren Rechte vor Beginn der Konferenz in keiner Weise sachlich oder zeitlich beschränkt wurden, jederzeit die Genuaer Beschlüsse über den Aufbau zu werfen vermag. Und wenn es Horne gelingt, mit britischer Gefährlichkeit an dieser Klippe vorbeizugleiten, so wird dadurch an der negativen Bedeutung der wichtigsten Finanzkommissionsberatungen nichts geändert werden.

Die praktische Entscheidung wird nicht von ihm, sondern von Poincaré und Louis Dubois, dem Vorsitzenden der Reparationskommission in Paris, getroffen werden. Das soll man sich auch bei uns in Deutschland, vor allem im Weltverbündetenlager der Linksparteien, wo man nach dem ersten glücklichen Anspielen insgeheim wieder goldene Berge von Genua erwartet, recht deutlich vor Augen halten. In Genua wird beraten, in Paris gehandelt. Anzeichen dafür sind genügend vorhanden. Warum ist Poincaré nicht mit nach dem Süden gegangen? Weil er, wie er Lloyd George bei der letzten Begegnung versicherte, wichtige Entscheidungen in der Reparationsfrage erwartet. Das kann nicht anders gedeutet werden, als daß er bei diesen Entscheidungen seinen Einfluß mit in die Waagschale zu werfen gedenkt; denn erwarten könnte er sie, wie es Lloyd George tut, ebenso in Genua, wie in Paris. Aber er will ein wenig mehr, als bloßes Anwesenbleiben. Die europäische Wirtschaftskrise ist leer; die Bewohner sind ausgezogen zu einem langen Spaziergange. Nun kann er in ihrer Abwesenheit im Hause schalten und walten, wie's ihm beliebt, kann Ordnung schaffen und sich die Taschen füllen, ganz nach Genuaer Manier. Was noch an Personal zurückbleibt, ist ihm gefällig und muß mitun; besonders die Reparationskommission wird mitun müssen. Sie ist ohnehin durch die deutsche Antwortnote in eine etwas schwierige Situation geraten, aus der sie, ihres Rückhalts im Obersten Rat augenblicklich beraubt, sich nicht so leicht selbständig herausfinden dürfte. Was soll sie machen? Die deutsche Antwort, die ein wenig später als die Genua-Delegationen am Verhandlungsort in Paris anlangt, lehnt die Forderung um 60 Milliarden neuer Steuern und die „Garantievorschlüsse“ in etwas gewundener Form ab, aber sie lehnt sie ab, man mag an ihr drehen und deuteln, wie man will. Und das ist das Entscheidende. Soll die Kommission nun, wie das deutsche Ansinnen lautet, in eine Nachprüfung der Entscheidung vom 21. März eintreten oder soll sie sich sofort für Sanktionen aussprechen? Für Nachprüfungen hat sie nie viel Sinn gehabt. Der Inkraftsetzung neuer Sanktionen stehen einzuwenden aber noch einige Paragrafen im Wege. Wo wird sie hin?